

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Erste Ausgabe  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Moltkebuchhandlung  
Hollinger, Zürich.  
Postsendungen  
Franko gegen franco  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

Abonnements  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
vierteljährlichen Preis von  
Fr. 2 — für die Schweiz (Kontant)  
Mit 3 — für Deutschland (Kontant)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontant)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kontant).  
Instrate  
die Originalpreise halbiert  
25 Bll. — 20 Pfg.

Nr. 19.

Donnerstag, 8. Mai

1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenzen des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begnügt sich der Verlag mit dem Vertrieb in der Schweiz, wo er sich durch den Postverkehr nach Deutschland und Oesterreich zu verbreiten sucht. In der Schweiz ist der „Sozialdemokrat“ durch den Postverkehr nach Deutschland und Oesterreich zu verbreiten. In der Schweiz ist der „Sozialdemokrat“ durch den Postverkehr nach Deutschland und Oesterreich zu verbreiten.

als „Sozialdemokrat“ wird, dessen Verlag sich abstellen, sondern es möglichst an irgend eine unverlässige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich zu senden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt. Andererseits aber darf der „Sozialdemokrat“ nicht in die Hände von Personen gelangen, die ihn nicht lesen wollen. In der Schweiz ist der „Sozialdemokrat“ durch den Postverkehr nach Deutschland und Oesterreich zu verbreiten.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Wer A sagt, muß auch B sagen.

Das merken jetzt nachgerade die Urheber oder sagen wir lieber, die Unternehmern und Hausierer der Bismarck'schen Sozialreform. Die „Sozialreform“ sollte bloß der Köder sein, um die Dummen zu fangen, und siehe da, während die Arbeiter, auf welche es abgesehen war, hartnäckig den Köder zurückgewiesen und die darauf verfertigten Angelhaken boshaft vermieden haben, hängen die Herren Sozialreformer selber an den Angelhaken.  
„Er hat nicht uns, wir haben ihn“, sagte bei der Debatte über die erste Unfallgesetzvorlage einer unserer Abgeordneten im Reichstag. Das Wort hat sich bewahrheitet. Bismarck ist an seine „Sozialreform“ gekettet, sie ist ihm über den Kopf gewachsen, er kann sich nicht von ihr losmachen. Wie jener Kaiser des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation sich über die Grammatik hinwegsetzte, glaubte der an Größenwahn leidende Hausmeister der Hohenzollern sich über die Nationalökonomie und Logik hinwegsetzen zu können. Es ist ihm jedoch schlecht bekommen, und zum Spott hat er nun den Schaden: die Sozialreform, mit der er zu spielen gedachte und die ihm bloß als Mittel zum Zweck dienen sollte, sie zieht ihn mit unwiderstehlicher Gewalt in ihren Strudel, und das Mittel wird zwar nicht zum Zweck, aber zum Ziel, nach welchem die ganze politische Bewegung mehr und mehr hinbringt, und das gleich dem Magnetberg des Märchens das Staatsschiff an sich reißt. Ja, die Sozialreform ist der Magnetberg, aus dessen Vann sich der unvorsichtige Steuermann nicht befreien kann, dem er mit wachsender Schnelligkeit zureißt und an dem er mit seinem Fahrzeug zerschellen wird.  
Mit der Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall und Invalidität sollte es gehen sein. Das war das Baubermittel, das die soziale Frage lösen und den Armen und Entsetzten Wohlstand und Glück bringen sollte. Mächtig ward die Kellertrommel gekräftigt und das Rauber- und Wundermittel der tausenden Menge als etwas Außerordentliches, noch nicht Dagewesenes angepriesen.  
Aber nichts wollte versagen.  
„Wir trauen Euch nicht“, dachten und sagten die Arbeiter.  
Die Urheber des Sozialengesetzes können es mit uns und der Sozialreform nicht ernst meinen. Die Sozialreform ist Schwindel und Bauernfängerei.  
Und die wissenschaftliche Kritik sagte: „Eine Sozialreform, welche den Kern der sozialen Frage unberührt läßt und nicht die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in Angriff nimmt, verdient diesen Namen nicht — was uns hier als „Sozialreform“ aufgeführt wird, ist eine kleine Armenverordnungsreform von obendrein höchst zweifelhaftem Wert und verhält sich zu einer wirklichen Sozialreform wie die Salben und Pillen des Kurpfuschers zu dem Heilverfahren des wissenschaftlichen Arztes.“  
Und: „Schwindel und Bauernfängerei!“ tönt es einstimmig von allen Seiten, aus den Reihen der Arbeiter und aus dem Munde der Wissenschaft.  
Quo fauro? Was thun?  
Mit dieser Sozialreform locken wir keinen Hund hinter dem Ofen hervor, geschweige denn die Millionen Arbeiter in unseren Rege“, — so müssen die Herren Sozialreformer wohl oder übel sich jetzt gestehen; und da man die Millionen Arbeiter braucht und die alte Maschine des Polizei- und Militärstaates erweitert werden muß — es koste, was es wolle —, so bleibt nichts Anderes übrig, als etwas Besseres zu bieten, wenigstens etwas, was den Arbeiter zugräftiger lockt.  
Ein Offiziosus hat es in des berühmten Busch („Bätschen“) „Grenzboten“ gefunden: „Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit.“  
Je nun, hat der Offiziosus, haben seine Brodherren sich denn überlegt, was das ist? Haben sie sich überlegt, daß die „Versicherung gegen Arbeitslosigkeit“ die Organisation der Arbeit, die Regelung der Gesamtproduktion durch den Staat, mit einem Wort: den sozialistischen Staat bedeutet?  
In der ersten Debatte über das Unfallversicherungsgesetz (erste Auflage) war die „Versicherung der Arbeit“ bereits von sozialdemokratischen Abgeordneten gefordert und für die einzig wahrhaft sozialreformatorische Arbeiterversicherung erklärt worden.  
Natürlich ist die Bourgeoispreffe aus dem Häuschen über den Vorschlag der „Grenzboten“. Sie weiß zwar sehr wohl, daß es nur demagogische Fiktion ist, sie weiß aber auch, daß die Regierung sich mit ihrer Sozialreform auf einer schiefe Ebene

begeben hat, und nach ehenem Naturgesetz durch ihre eigene Schwerekraft, durch die Logik der Dinge rascher und rascher hinabgleiten muß in den gähnenden Abgrund.

Wo das Klasseninteresse mit dem Klasseninstinkt in Frage kommt, haben die Herren Bourgeois, so windig es um ihre nationalökonomischen Kenntnisse bestellt ist, eine fabelhaft feine Nase.

Ja, da hilft kein Widerstreben. Wer A gesagt, muß auch B sagen. Die Weltgeschichte hat ihre eigene Logik und kümmernt sich nicht um die Gedanken und Hintergedanken der Herren Staatsmänner. Sie hält sich an die Thatfachen, schneidet Ursachen und Wirkungen zu einem unzerreißbaren Kettengespinnst, aus dem so wenig ein Entrinnen ist, wie weiland aus dem Stahlnetz, das der erste Vulkan über Frau Venus und ihren Duhlen geworfen. Was liegt an dem Gedanken und Hintergedanken des Schützen, wenn die Kugel aus dem Lauf ist? Die Kugel der Sozialreform ist aus dem Lauf, und Bismarck mit seinen Leuten hat sie so wenig unter seiner Kontrolle, wie der Vogel die Lawine, die er durch seinen Flügel Schlag in Bewegung gesetzt hat.

Die Sozialreform ist da! Mag Herr Bismarck darunter verstehen, damit bezwecken, was er will. Sie ist da und durch keine Tücke, durch keine List aus der Welt zu schaffen. Ob es dem Herrn Bismarck ernst ist oder nicht — gleichviel, auch seine Lügen binden ihn an das Werk, das vollenden zu wollen und können er geprahlt hat; seine Lügen haben sich in Stricke verwandelt, die ihn fesseln und die er nicht abzustreifen vermag; und die Sozialreform, als deren Urheber er sich verheißlichen läßt, wird wider seinen Willen Wahrheit werden, wie die Reformen der monarchischen Reformatoren des achtzehnten Jahrhunderts Wahrheit geworden sind — durch die Revolution!

### Der Fabrikanten letztes Stündlein.

Eine zeitgemäße Reminiscenz.  
Nichts Neues unter der Sonne!  
Wie wir bereits früher mittheilten, enthält der dem österreichischen Reichsrathe vorliegende Gewerbegesetzentwurf u. A. den eifständigen Normalarbeitstag für alle Fabriken und fabrikmäßigen Betriebe. Darob natürlich großes Geschrei unter der Fabrikantennwelt, die alle Mühen springen läßt, um das von den Agrarkritikern, theils aus demagogischen Gründen theils wirklich aus Haß gegen die moderne Großindustrie, ausgeheckte Gesez zu Falle zu bringen.  
So berichtet u. A. die Münchener „Allgem. Ztg.“ vom 4. Mai:  
„Aus Oesterreich. Die heroorragendsten Vertreter der mechanischen Weberei-Industrie haben sich an den Abgeordneten Herbst mit der Bitte gewendet, derselbe möge eine von ihnen entworfenen Petition, welche sich gegen die von dem Gewerbeausschuß beschlossene eifständige Normal-Arbeitszeit ausspricht, dem Abgeordnetenhause überreichen. In derselben wird zunächst die Undurchführbarkeit und Schädlichkeit der Einführung eines Normalarbeitstages im Allgemeinen behandelt und dann speziell behufs der Weberei gesagt, daß sie für diese eine Krisis zur Folge haben würde. Die Kraftanstrengung des Arbeiters sei bei der Weberei überhaupt keine große (!); und bei der herrschenden Konkurrenz falle der eigentliche Fabrikanten nur in die zwölfte Stunde. Die Webereien und Spinnereien bedürften daher zum mindesten eines Normalarbeitstages von zwölf Stunden und könnten, ohne sich zu gefährden, nicht unter diese Arbeitszeit gehen. In vielen Fabriken bestehe heute noch die dreizehnstündige Arbeitszeit, in einzelnen Fällen sogar die vierzehnstündige. Die Webereien wären nicht im Stande, gleichzeitig mit der Reduktion der Arbeitszeit die gleichen Löhne weiter zu zahlen.“  
Die armen, armen Fabrikanten! Ihr Leben, ihre Existenz steht also wirklich auf dem Spiele. Man streiche ihnen die zwölfte Stunde, und ihr letztes Stündlein, das Stündlein der gesammten österreichischen Industrie hat geschlagen. Elf Stunden des Tages beschäftigen sie ihre Weber umsonst, um „Gottes Willen“; erst in der zwölften, dreizehnten, vierzehnten und so weiter Stunde fällt auf sie, für die „Fabrik“ ein — natürlich äußerst schmerzhaft — Profit ab. Wie kann man da so grausam sein, ihnen diese zwölfte Stunde nehmen zu wollen! Das wäre der Ruin der ganzen Industrie!  
Nichts Neues unter der Sonne, nicht einmal diese so rührsame Melodie. Sie ward schon anderwärts angestimmt — in der Schweiz, in Frankreich, in England. Ueberall wo die Gesetzgebung daran ging, die Arbeitszeit zu beschränken, erhoben die Fabrikanten entrüstet ihre Stimme zum Proteste gegen ein solches Attentat auf die „Freiheit der Arbeit“, welches den Ruin der ganzen Industrie zur Folge habe, nicht nur eine Reduktion der Löhne, sondern überhaupt den Verlust der Arbeitsmöglichkeit für die Arbeiter nach sich ziehen müsse. Ueberall jammernten sie, daß es einen Hund hätte erbarmen mögen, und überall, wo man nicht händlich genug war, auf sie zu hören, war die Folge, daß — die Löhne nicht zurückgingen, die Arbeiter nicht über die Beschränkung ihrer „Freiheit“ klagten und die so grausam an den Rand des Abgrundes gedachte Industrie nicht zu Grunde ging.  
Die „letzte Stunde“ konnte fortfallen, ohne daß der Industrie ihr letztes Stündlein schlug.  
Karl Marx hat im „Kapital“ diesem Streit um die letzte Stunde ein spezielles Kapitel gewidmet, überschrieben „Senior's letzte Stunde“, sehr lustig und vor allen Dingen sehr lehrreich zu lesen. Gleich den österreichischen Fabrikanten haben nämlich bereits in den dreißiger Jahren die Fabrikanten von Manchester die wunderbare Behauptung aufgestellt, der eigentliche Fabrikanten solle erst in die zwölfte Stunde

Sie hatten sich, um der Welt dies recht plausibel zu machen, einen Professor der Nationalökonomie, Herrn R. A. Senior, nach Manchester kommen lassen, ihm dort praktische Nationalökonomie beigebracht — und das Resultat war ein Pamphlet des Herrn Senior über die Fabrikanten, die damals bestehenden Fabrikgesetze und gegen die damals in's Leben getretene Jehnstundenagitation. In diesem Pamphlet gab Herr Senior eine „Analyse“, welche beweisen sollte, daß der ganze Reingewinn einer Fabrik, die 11 1/2 Stunden täglich arbeitet — dies war die Maximalzeit für Fabriken, die Personen unter 18 Personen beschäftigten — von der letzten Stunde abgeleitet ist. Die Sache war furchtbar einfach. Angenommen, sagte er, „ein Fabrikant legt 100,000 Pfd. Sterling aus — 80,000 Pfd. St. in Fabrikgebäude und Maschinen, 20,000 in Rohmaterial und Arbeitslohn. Der jährliche Umsatz der Fabrik, vorausgesetzt das Kapital schlage jährlich einmal um und der Bruttogewinn betrage 15%, muß sich auf Waaren im Werthe von 115,000 Pfd. St. belaufen. Von diesen 115,000 Pfd. St. produziert jede der 23 halben Arbeitsstunden 1/23 oder 1/23. Von diesen 1/23, die das Ganze der 115,000 Pfd. St. bilden, ergeben 1/23, d. h. 100,000 von den 115,000, nur das Kapital; 1/23 oder 5000 Pfd. St. von den 15,000 Brutto-Gewinn (!) ergeben die Abnutzung der Fabriken und Maschinen. Die übrigbleibenden 1/23, d. h. die beiden letzten halben Stunden jeden Tags produzieren den Reingewinn von 10%. Wenn daher bei gleichbleibenden Preisen die Fabrik 13 Stunden statt 11 1/2 arbeiten dürfte, so würde, mit einer Zulage von ungefähr 2000 Pfd. St. zum zurücktretenden Kapital, der Reingewinn mehr als verdoppelt werden. Andererseits wenn die Arbeitsstunden täglich um 1 Stunde reduziert würden, würde der Reingewinn verschwinden, wenn um 1 1/2 Stunden, auch der Bruttogewinn.“  
Man sieht, ganz die Argumente, welche heute gang und gäbe sind. Mit Zahlen, die rein aus der Luft gegriffen, an einem Beispiel, das abgesehen von seiner Falschheit obendrein ganz konfus ist, wird die kindische Vorstellung genährt, als ob die Arbeiter, um mit Marx zu reden, „die beste Zeit des Tages in der Produktion, daher der Reproduktion oder dem (bloßen) Ertrag des Werthes von Baustoffen, Maschinen, Baumwolle u. s. w. vergeuden“, ein Beispiel, das den Fabrikanten selbst in's Gesicht schlägt. Nach ihm wäre es nämlich thätiglich ganz gleichgültig, ob die Arbeiter 11 1/2, oder nur 10 Stunden arbeiteten; im letzteren Falle würde lediglich weniger Zeit für „Reproduktion“ vergeudet.  
Wie faul aber auch sonst die Argumentation der Fabrikanten und ihrer Lohnschreiber ist, das weiß Marx abdam nach, indem er auf Grund eben der von diesen selbst gelieferten Zahlen eine wirkliche Analyse des Arbeits-, bezw. Ausbeutungsprozesses anstellt. Er läßt Herrn Senior sich zunächst ausbitten, Maschinen und Fabrikgebäude, Rohmaterial und Arbeit nicht lunterbunt durcheinanderzuwerfen, sondern gefälligst das in Fabrikgebäuden, Maschinen und Rohmaterial u. s. w. enthaltene konstante Kapital auf die eine, das in Arbeitslohn vorgeschossene Kapital auf die andere Seite zu stellen. Ergab sich dann etwa, daß nach der Fabrikantenrechnung der Arbeiter in einer Stunde den Arbeitslohn reproduziert oder ersetzt, so stellt sich die Gesamtrechnung folgendermaßen:

Die letzte Arbeitsstunde (Reingewinn oder Mehrwerth) und die vorletzte Arbeitsstunde (Arbeitslohn) sind gewöhnliche Arbeitsstunden wie die erste und zweite und jede andere, nicht mehr und nicht weniger. In jeder dieser Arbeitsstunden verfertigt der Arbeiter aus einem gewissen Quantum Baumwolle ein bestimmtes Quantum Garn, in welchem sich der Werth der Baumwolle und der (Abnutzung der) Spindel plus dem Werth der Arbeitsleistung vorfindet. Dieses Plus, dieser Werth, welchen der Arbeiter durch seine Thätigkeit der Baumwolle z. B. hinzugefügt, beträgt in 11 1/2 Arbeitsstunden genau ebensoviel als der Werth des Garnprodukts von zwei Arbeitsstunden überhaupt. Der Arbeiter produziert in 5 1/2 Arbeitsstunden so viel neuen Werth, als sein Arbeitslohn beträgt, und in den weiteren 5 1/2, Stunden den Mehrwerth, den der Fabrikant einsteckt, d. h. er bekommt 5 1/2, Arbeitsstunden nicht bezahlt. Eine Erhöhung der Arbeitszeit um 1 1/2, Stunden würde somit nicht, wie es in der „Analyse“ des Herrn Senior heißt, den Reingewinn „mehr als verdoppeln“, die Rate des Mehrwerthes würde von 5 1/2, Stunden (Lohn) zu 5 1/2, Stunden (Mehrwerth) abdam auf 5 1/2, Stunden Lohn zu 7 1/2, Stunden (Mehrwerth), d. h. auf 120 2/3 Prozent anwachsen. Andererseits würde eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 1/2, auf 10 1/2, Stunden keineswegs, wie die armen Fabrikanten fürchteten, den ganzen Mehrwerth in die Brüche gehen machen, sondern ihn nur von 5 1/2, d. h. 100%, auf 5 1/2, d. h. 82 2/3, des Lohnes fallen machen, also immer noch eine ganz erkleckliche Rate.

Mit dem letzten Stündlein verhält es sich also trotz des Geschreis der Fabrikanten gar nicht so schlimm. Und als nach langen Kämpfen ihnen die Fabrikanten von 1850 und 1853 abgezungen worden waren, welche zur Folge hatten den Arbeitstag von 10 1/2, Stunden und darunter, und trotzdem die englische Industrie in den Jahren von 1853 bis 1860 sich „wundervoll“ entwickelte. Hand in Hand mit der physischen und moralischen Wiedergeburt der Fabrikarbeiter, da wissen die Fabrikanten selbst praxiend auf den Kontrast mit den noch „freien“ Ausbeutungsgebieten hin. An Stelle des letzten Stündleins trat vorherhand das tausendjährige Reich der allgemeinen Wohlfahrt.

Und so wie in England wurde es auch in Oesterreich gehen. Oesterreich ist das Land, wo die Ausbeutung am schamlosesten betrieben wird, die Arbeitszeit am höchsten ist, die Löhne am niedrigsten sind. Und wenn wir, um von den armen Petenten zu sprechen, bei einer täglichen Arbeitszeit von 12 Stunden nur eine entsprechend gleiche Mehrwerthskate annehmen als in dem obigen Beispiel der Spinner von Manchester, nämlich 6 Stunden zu 6 Stunden = 100%, so würde ein eifständiger Normalarbeitstag diese Rate auf 6:5, d. h. auf 83 1/3, fallen machen. Man urtheile also, welche Stürme dazu gehört, der Welt vorzuliegen, daß der eigentliche Fabrikanten erst in die zwölfte, die „letzte Stunde“ falle!

Und dabei haben wir noch ganz unerörtert gelassen, was heute jedes Kind weiß: daß eine verkürzte Arbeitszeit stets von einer wesentlichen Hebung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter begleitet ist!  
Das Alles wird natürlich den „liberalen“ Herrn Derby nicht seiner „liberalen“ Brüderschaft nicht verhindern, manhaft gegen solche Beschränkung der „persönlichen Freiheit“ einzutreten. Kann er sich doch dabei auf den „großen Sozialreformer“ Deutschlands, auf Bismarck berufen, welchem der Normalarbeitstag gleichfalls ein Greuel vor dem Herrn ist.

Sache der österreichischen Arbeiter aber ist's, mit aller Energie diesem Schwindel entgegenzutreten und Alles dranzusetzen, der maßlosen Ausbeutung, deren Opfer sie sind, einen Damm entgegenzusetzen. So oder so muß den Arbeiterschindern Kargemacht werden, daß ihr letztes Stündlein geschlagen — in Oesterreich wie anderwärts.

1) So schmal, daß z. B. gewisse Fabrikanten in Röhren nahezu zehn Jahre brauchten, ehe sie aus bescheldenen Anfängern mehrfache Millionäre wurden!  
2) 2. Auflage S. 214.

# Das Freidenkertum und die Sozialdemokratie.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Untertürkheim, 10. April 1884.

Ob mein Vertrauen sich erfüllt, daß die Mehrzahl der Genossen meinen Artikel in Nr. 14: „Der Kampf der Ideen“ denkend gelesen und unparteiisch gemüßigt habe, muß ich abwarten; dem Schreiber der „Antwort“ in Nr. 14 dagegen muß ich erklären, daß er es nicht vermocht hat. Und da er — nicht die „Ausnahme“ am Schluß, sondern direkte Anschuldigungen auf mich bezieht, da er mit der einfachen Kunst großer Inkonsequenz mich in die nette Gemeinschaft von Predigten, alten Jungfern und bornierten Konfessionsgläubigen setzt, so muß mir eine Erwiderung an die Genossen gestattet sein, auch abgesehen davon, daß die Verunglimpfung des sozialistischen Kampfes wider die Religion, als wandle er die Wege des Pfaffenthums, eine solche fordert.

Böswillig muß es wohl sein, wenn der Schreiber mich, obwohl er meinen Namen kannte, als Freund der verschwommenen freireligiösen Vereine, deren Zwitterhaftigkeit ich tadle, bezeichnet und nebenhändig dann als Gefinnungsgegnossen oder „Mitglied“ einführt, während ich erst seit zwei Jahren einer „Gemeinde“ — deren religiöser Charakter sich jetzt noch seitens des Kultusministeriums in W. bekräftigt wird — angedehre, dagegen 1875 schon an der konstituierenden Versammlung der Parteigenossen in Gotha als Delegierter theilnahm, und schon 1848 mit Johann Jakob, der bis zum Tode mein Freund blieb, zusammen arbeitete, insbesondere einen „Arbeiterverein“ — vielleicht den ersten in Deutschland — der die ganze Provinz umfaßte, in Gemeinschaft mit Handwerker und dem damaligen Studenten Schweigel in Königsberg gründete.

Gallos ferner, wie Jeder aus meinem Artikel herauslesen kann, sind seine Besuche, ein lächerlich gemachtes Streben nach „neuen Konfessionen“, „Religionen“, „Firmawechsel“ u. s. w. aus meinem Artikel herauszubedenken oder das harmlose Vergnügen ewiger sittlicher Entrüstung samt alten Jungfern mit ihm in Zusammenhang zu bringen; er konnte, er mußte wissen, daß unsere harmlose Entrüstung ein Angriff ist, der genau so wie unser politischer Kampf im Wahlrecht zum Konflikt mit dem Staate und in's Gefängnis führt, und daß ich es auf beiden Gebieten schon thatsächlich bezogen habe; er mußte es auch gelesen haben, daß uns die fortwährende Wissenschaft die einzige Basis der Weltanschauung oder „Religion“, und das sozialistische Grundgesetz der Gegenseitigkeit und Gemeinamkeit oder Solidarität das einzige Prinzip sittlicher Reform oder Moral ist. Und wenn er meint, die Gesichte lehre das Gegentheil meines Satzes: daß die himmlische Autorität „Gottes“ die Gewissen hart, die Klassenregierung allmächtig mache, so muß er allerdings noch viel lernen, denn er weiß noch nicht, daß keine Brutalität Staaten gründet, Sklaverei oder sonstige Gesellschaftsverhältnisse herstellt, sondern daß es nur die Ideen, geistige Einflüsse, sind, welche durch Erziehung zu Dummheit, Knechtschaft, Aberglauben und überfünftlicher Furcht die Erniedrigung des Menschen unter den Menschen zu einem staatlichen Zustande zu machen fähig sind — Ideen, deren Kopf- und Kurbelende immer „Gott“, ein himmlischer Popanz, ist. In der Angabe endlich, daß nicht wir mit dem „religiösen Kram“ gedrohen haben, sondern der nicht religiös, nur sozial und politisch kämpfende Arbeiter es thue, ist die Thatsache geradezu auf den Kopf gestellt, da das vom Pfaffen Begrabene, Trauene, und Taufelassen doch nicht den Bruch mit dem Kram bedeutet, und der „Atheismus“ doch nicht da ist, um ihn, wo er Gefahr bringt, zu verleugnen.

Die Redensart also vom „realen Kampfbereich“ zieht nicht; der Kampf gegen die, unsere Staatsordnung stützende Religion der Massen und gegen die aus ihr stehende schlechte Moral ist nicht nur notwendig und „real“ wie der volkswirtschaftlich-politische, sondern er ist der allerrevolutionärste und grundlegend. Auch unsere Partei wird das, je länger wir zögern, so schmerzlicher erfahren müssen; denn „von selbst“ erledigt er sich so wenig wie der politische. Daß wir noch nicht Kräfte genug in uns fühlen, um auch in ihn einzutreten, diesen Einwand würde ich verheßen; nicht aber, daß man mit leeren Kanonenschlägen von Schlagwörtern diesen Kampf aus dem Leben zu schaffen sucht.

Wenn die „Erklärung“ der Stuttgarter Freidenkergemeinde nicht mehr in der Erinnerung der Redaktion ist, so ist das nicht meine Schuld, da ich selbst sie einschickte. Sie folgt nun anbei mit dem ausdrücklichen Ersuchen um Abdruck.

K. Duff.

## Erklärung.

Wir verwerfen den Glauben an einen menschenähnlichen, persönlichen Gott, welchen Namen man ihm auch gebe.

Wir glauben, daß, was Gott genannt wird, das Leben der Welt selbst in seinem großen höchsten Einklang ist, das nicht aus überlieferten Schriften und Wundererzählungen, sondern aus den Gesetzen der Natur erkannt werden muß.

Wir erkennen, daß der höchste Einklang der Menschennatur das Gute ist, und darum ist uns Gott das Gute für die Menschheit. Die Erfüllung des Guten, die Sittlichkeit, ist uns die praktische Religion. Nicht Anbetung des Gotterbühlers, sondern Erkenntnis und rechtes Handeln ist unser Zweck.

Wir haben den lebendigen Willen, die Erkenntnis zu pflegen und unsere Kinder in ihr heranzubilden; uns gegenseitig in Freude, Leid und Arbeit des Lebens beizustehen; einander und allen Menschen zu einem besseren und menschenwürdigeren Dasein nach Kräften zu verhelfen.

Da wir es weder für nützlich noch für sehr interessant halten, eine längere Polemik dieser Art zu führen, so wollen wir uns in unserer Antwort auf das absolut Nothwendige beschränken.

Zunächst bestreiten wir, irgend welche absichtliche Bosheit, irgend welche „Böswilligkeit“ mit unserer Antwort verbunden zu haben. Unser Bestreben war, so kurz und gleichzeitig so sachlich wie möglich unseren Standpunkt zu entwickeln. Wenn die Form, in der dies geschah, etwas scharf ausgefallen, so liegt dies in der Natur des Streitobjektes, und wenn wir die Sätze, die sich direkt gegen den Einsender wandten, nicht streng genug von denen schieden, die allgemein auf die Freidenkernbewegung Bezug hatten, so ist das lediglich der Defononomie geschuldet, welche wir uns auferlegten, irgend welche persönliche Schelligkeit lag und fern.

Allzuweit müssen wir bestreiten, den „sozialistischen Kampf“ gegen die Religion verunglimpfen zu haben, fernermalen von einem solchen überhaupt nicht die Rede war. Es handelte sich um die „Freidenker“ und die „freireligiösen“ Gemeinden, die fast sammt und sonders nicht sozialistisch, meistens sogar anti sozialistisch sind und gerade auf ihren religiösen Charakter Gewicht legen. Ob ihre Religion nun die „Vernunft“ oder das „Gute“ oder sonst eine „Idee“ ist, immer sind und bleiben es neue Religionen, um die es sich da handelt; wir können also in dieser Beziehung von unserem Urtheil nicht ablassen.

Ob nun die „himmlische Autorität Gottes“ die Klassenregierung allmächtig macht, ob „Ideen“, „geistige Einflüsse“ die Ursache der Erniedrigung, der politischen Knechtschaft sind oder ob sich die Sache nicht vielmehr umgekehrt verhält, darüber sind wir gerne bereit, eine besondere Polemik mit unserem Widersacher einzugehen, hier würde es zu weit führen.

Rur ganz beiläufig sei darauf hingewiesen, daß die Alten bei ihren Eroberungskriegen sich den Tausel um die Religion ihrer Unterjochten kümmerten, während in der Neuzeit gerade die bigotten Völker die großartigsten Unabhängigkeitskriege geführt haben, u. A. z. B. die Nordamerikaner. Ihr Bibelglaube verhinderte sie nicht, Rebellen zu sein.

Was die Frage des „realen Kampfbereiches“ anbelangt, sowie den Bruch mit dem „ganzen Kram“, so halten wir es da mit Friedrich Engels, der schon 1874 im „Volksstaat“ schrieb:

„Von den deutschen sozialdemokratischen Arbeitern kann man sogar sagen, daß der Atheismus bei ihnen sich schon überlebt hat; das rein negative Wort hat auf sie keine Anwendung mehr, indem sie nicht mehr in einem theoretischen, sondern nur noch in einem praktischen Gegensatz zum Gottesglauben stehen, sie sind mit Gott einfach fertig, sie leben und denken in der wirklichen Welt und sind daher Materialisten.“ — „Soviel ist sicher; der einzige Dienst, den man Gott heutzutage noch thun kann, ist der, den Atheismus zum

zwangsmäßigen Glaubensartikel zu erklären und die Bismarckschen Kirchensanktionsgesetze durch ein Verbot der Religion überhaupt zu übertrumpfen.“

Bis jetzt ist in unserer Partei dieser Standpunkt maßgebend gewesen, und er soll es, denken wir, auch bleiben. Ueberall, wo er zeitweise verfallen wurde, geschah es zum Schaden unserer Sache.

Wenn unsere Arbeiter vielfach noch nicht formell mit der Kirche gebrochen haben, so sind da in neunundneunzig von hundert Fällen wieder sehr materielle Gründe schuld, Gründe, die wir mit „Ideen“ nicht aus der Welt schaffen.

Reist das, daß wir in Punkte Religion gar nichts thun, dem Pfaffenthum gegenüber die Hände in den Schooß legen sollen? Keineswegs! Haben wir doch in unserer Parteiliteratur eine ganze Reihe von Schriften, die in populärer Sprache das Wesen der Religionen kritisieren, den Widerspruch zwischen allen Offenbarungslehren und den Ergebnissen der Wissenschaft klarlegen, welche den Arbeiter selbstständig prüfen, denken lehren, kurz, die da, wo der religiöse und sonstiger Aberglaube noch nistet, vorreißliche Dienste thun. Diese Broschüren sind zu allen Zeiten in unserer Partei verbreitet worden und werden noch kräftig verbreitet. Diese Propaganda ist auch eine Seite unseres Kampfes, aber nur eine Seite und hat nicht in den Vordergrund zu treten.

Dies unser Standpunkt, und damit hoffen wir diese Polemik abgeschlossen.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 8. Mai 1884.

— Die Anarchistengefahr macht werden. Ein deutscher Genosse, der einige Unterstützungsgelder für die Streifen in Wäldern übermittelte, erhielt aus Oesterreich einen Brief, so charakteristisch für die dortigen Zustände, daß wir die Hauptstellen hier wörtlich folgen lassen:

„... Gemiß haben Sie leider nur zu sehr Recht, daß der Streit wegen Mangel an Organisation resultatlos verlaufen mußte, auch liegt es sehr nahe, aus diesem bedauerlichen Umstände nützliche Lehren zu ziehen; allein deren Anwendung ist in Oesterreich nahezu eine Unmöglichkeit.“

„Öffentliche Versammlungen werden nur vereinzelt bewilligt, bereits bestehende beim geringsten Anlasse aufgelöst — also bleiben nur geheime Vereinigungen übrig, denen das Wort zu reden ich mir unter bestehenden Verhältnissen sehr überlegen würde, da es fast gewissenlos wäre. Sie wissen doch, wie man in Oesterreich bei den Gerichten vorgeht: ein harmloser Brief, eine von der Staatsanwaltschaft jenuirte Zeitung — jedes für sich genügt, nach 5—6monatlicher Untersuchungshaft ebensoviele Strafe zu erhalten.“

„Nur ein solch drakonisches und aller Gerechtigkeit hohnsprechendes Vorgehen kann die vielen Konstreproteste der letzten Jahre in Wien und Prag erklären.“

„Das Vorfinden eines Briefes von Ihnen genügt, um für ein Jahr verurteilt zu sein. Was da zu thun, weiß ich nicht; aber sonst weiß ich, daß die ganze Arbeiterbewegung in Oesterreich, die eigentlich seit ihrem Beginn bis auf den heutigen Tag keinen einzigen wesentlichen Erfolg zu erzielen vermochte, auch stets nur vegetirt wird, wenn nicht in anderen Ländern Ereignisse eintreten, die in ihrer Rückwirkung auf Oesterreich der Arbeiterbewegung daselbst ausgiebige Bewegungsfreiheit verschaffen.“

„Wir sind gegenwärtig in Oesterreich viel vogelfreier wie Sie in Deutschland unter der Herrschaft des famosen Sozialistengesetzes. Wir haben Versammlungsfreiheit, — wollen wir jedoch eine Versammlung einberufen, wird sie, total unbegründet, unter Hinweis auf § 6 des bez. Gesetzes wegen ihrer Gefährlichkeit für die öffentliche Ruhe und Ordnung verboten, und wären aus der Tagesordnung selbst nur Suppen, Kaffee- oder Theeanstalten! Bereinstimmt haben wir, — aber ein neuer Verein wird nicht bewilligt, bestehende werden aufgelöst; Pressfreiheit haben wir, — aber die Arbeiterblätter werden konfisziert und unterdrückt. Und gleich häufig ist es bei uns in jeder Richtung und auf allen Gebieten.“

„Alle Opfer, die die österreichischen Genossen schon gebracht haben und noch bringen, waren nutzlos, ohne Erfolg; denn das ungegliederte Tüper vernichtet Alles. Ueberdies sind aber auch die Lohnverhältnisse bei uns deplorabel, daß den österreichischen Arbeitern vor der Konkurrenz der Russen nie bange werden wird, da selbst diese nicht billiger arbeiten können, als es hier bereits der Fall.“

„Wohin wir also unseren Blick schweifen lassen, nirgends winkt uns ein Hoffnungsstrahl entgegen, und man könnte sich wirklich einer dumpfen Verzweiflung überlassen.“

„Die ärmlichen Verhältnisse, in denen wir als Arbeiter leben, bringen es aber auch mit sich, daß wir zu unserem größten Leidwesen nie für unsere Brüder in Deutschland etwas thun können, und beschämt nehmen wir von ihnen Unterstützung an.“

Dies der Brief, an dem wir — soweit wir ihn mittheilen — nicht ein Wort geändert haben.

Der Schreiber, wie man sieht, ist keineswegs eine zu Gewalt hinneigende Natur — oder das Gemüth — allein unter den herrschenden Umständen ist tausend gegen eines zu werten, daß er bald mit Demen sympatisch wird, die verweisselten Gewaltstreifen das Wort reden. Und von der Billigung zur Nachfolge ist's nur ein kleiner Schritt.

Wer aber nicht gänzlich vernagelt ist, der wird sich jetzt — wenn er es nicht schon vorher wußte — die Frage beantworten können, wie Anarchisten gemacht werden.

So wie die Behörden und die Fabrikanten es in Oesterreich treiben, wird jeder Arbeiter von Rechtsgefühl entweder geistig und moralisch erdrückt oder in einen leidenschaftlichen Horn versetzt, der ihn, falls die Urtheilskraft nicht sehr stark entwickelt ist, vor keiner That zurückschrecken läßt.

So mögen sie denn ernten, was sie gesät!

— Der Junge wird gut! Prinz Wilhelm von Preußen, ältester Sohn „unseres Fritz“, und also, wenn „Gottes Onabe“ nicht inzwischen brüchig wird, dereinstiger König von Preußen und Kaiser von Deutschland, hat, wie die Berliner „Volkszeitung“ vom 30. April mittheilt und was bisher noch nicht widerrufen, wurde am 26. April „seine“ Soldaten nach beendigten Exercitien auf dem Bornflüster See bei Potsdam zusammenzutreten lassen, ihnen von dem fürchterlichen Attentat am Kiederwaldabendmal erzählt, und daran „die erste Mahnung, namentlich in die anwesenden Reservisten (!) geknüpft, stets, auch im Zivilverhältnisse, allen sozialistischen und anarchischen Umtrieben entgegenzutreten. Sollten sie jemals sozialistische Kupferungen hören, so mögen sie die betreffenden Personen zur Anzeige bringen, (!!) als Soldaten aber in energischer Weise gegen solche Leute einschreiten.“

Das heißt, der liebe Hohenzollernspröß hat die ihm unterstellten Soldaten zur gemeinen Denunziation, zur brutalen Vergewaltigung Andersdenkender aufgehetzt!

Ein netter Junge, nicht wahr? Bei dem wird man wenigstens mit der Phrase vom „liberalen Kronprinzen“ verschont bleiben!

Wer so hoffnungslos anfängt, von dem sehen nach große Dinge zu erwarten. Es wird daher auch nur zeitgemäß sein, dem lebenswürdigen Herprinzen auch sonst unsere Aufmerksamkeit ein wenig zu widmen.

Wer sich in die Dessenlichkeit drängt, der sehe zu, daß sein Privatkonto rein ist! Und wer sich erdreist, hunderttausende ehrlicher Arbeiter zu ädnen, zu Has und Gewaltthätigkeiten gegen sie aufzureizen, der sei versichert, daß, wenn es auch für ihn kein Strafgesetzbuch gibt, es deswegen noch nicht an Bütteln mangelt, auf solche Nichtswürdigkeiten die gebührende Antwort zu erteilen.

Zunächst wollen wir einmal über eine gewisse Bäckerstochter in Potsdam nähere Erkundigungen einziehen, von der Juma erzählt, daß der zukünftige Herrscher Deutschlands bei ihr sehr eingehende Studien mache über die Heiligkeit des sechsten Gebotes!

— Warum die Fabrikanten nichts vom Normalarbeitstag wissen wollen. Diese Frage wird in der „Reinhardt Volkszeitung“ wie folgt beantwortet:

„Fra Stewart, der zu früh Verstorbene, pflegte zu sagen: „In

einem mehr als 30jährigen Kampfe um Verkürzung des Werktags habe ich das Eine gelernt: Alles Andere wird das Kapital uns eher zugehen, als den achtstündigen Werktag.“

Woher dieser verzweifelte Widerstand der Ausbeuter gegen die scheinbar so beschöne Forderung?

Es ist ja in der That möglich, in acht Stunden so viel Wert zu liefern als in zehn. Es hat Fabrikanten genug gegeben, welche die Probe darauf gemacht haben, zur Zeit, da der 12stündige Arbeitstag in den jetzigen 10stündigen verwandelt wurde. Vor legislativischen Komittees ist von Solchen bezeugt worden, daß in ihren Fabriken in weniger Zeitebensoviele und obendrein bessere Arbeit verfertigt worden war, als vorher in längeren Werktagen — die Lohnsklaven strengten sich etwas stärker an, schafften mit mehr Lust und Liebe. Für die Arbeitgeber wuchs dabei außerdem eine Ersparnis an den Kosten der Heizung, Beleuchtung, der Aufsicht über die Arbeit. Die letzten Stunden des Tages wenn die Arbeitskraft nachzulassen anfängt, sind wirklich für die „Vosse“ (so nennt man in Amerika die Prinzipale) weniger einträglich als die früheren, sie sind eine Verwüstung.

Solches Zeugnis ist doch gewiß unverdächtig. Warum also stemmt sich die ungeheure Mehrheit der „Vosse“ gegen die weitere Verkürzung des Arbeitstages?

Der Grund liegt auf der Hand, leider viel weniger für gedankende Lohnsklaven als für die Beschäftigten derselben, die wenigstens intuitiv die Bedeutung der verkürzten Arbeitszeit erkennen. Der längere Arbeitstag gibt ihnen mehr Herrschaft über die Beschäftigten, mehr Macht den Lohn herabzubrüden und — und was für sie noch mehr werth ist — den Widerstand der Werkleute gegen Ausbeutung und Kommando zu brechen.

Der zehn oder gar zwölf, vierzehn und mehr Stunden sich abrackern muß, behält keine Zeit zum Nachdenken über sein elendes Loos, sein Geisteskräfte zur Erkenntnis seiner Menschenwürde und seines Menschenrechtes, kein Verlangen nach höheren Lebensgenüssen, kein Bedürfnis nach Fortbildung, keine Sehnsucht nach Erhöhung aus dem Joch, ja selbst keine Körperkraft zum Widerstand und zur Verschönerung mit seinen Gleichen dazu.“ —

Nachdem der Schreiber des Weiteren nachgewiesen, daß die industrielle Entwicklung der Neuzeit geradezu zur Verkürzung des Werktages zwingt fährt er fort:

„Gegen alle Arbeiterforderungen zeigt sich endlich Nachgiebigkeit. Die macht hier und da die Versicherungsgesetze für das Leben, die Gesetze die Invalidität u. s. w. Man gibt Haftpflichtgesetze, man beschränkt die Gefängnis-Kontraktarbeit oder schafft sie ab; man errichtet Fortbildung- und Handwerkschulen von Gesetzeswegen; man beschränkt legislativ die Frauen- und Kinderarbeit; man erweitert das Stimmrecht der Arbeiter, kurz, man erkennt — gleichgiltig aus welchen Gründen — mehr und mehr allmählich die Arbeiterforderungen an — nur die Verkürzung des Werktags macht man möglichst strengig.“

„Welchen andern Grund kann dies haben als den einen, daß in dieser Maßregel die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit gefährdet wird! Denn bei der einmaligen Verkürzung kann nicht bleiben. Man gibt damit ein unrautes Prinzip auf und legt es neu in Geltung: das Prinzip, daß der Arbeiter Herr seiner Zeit sein soll, seinen Menschenwerth mittels seines Arbeitspreises selbst mitstimmen soll, kein passiver Gegenstand der Ausbeutung durch Andere bleiben darf. Man verzichtet seitens der herrschenden Klasse auf sein Gehorsam, seine Geduld, seine Unterrücktheit. Man gibt ihm die Mittel, sich selbst zum freien Menschen zu erheben. Man staubt ihn förmlich dazu an. Man erklärt ihn für mündig und Selbstherrlich.“

Es nenne sich kein Arbeiter mehr einen Sozialdemokraten, ein Schüler von Karl Marx, der uns allen Obige klar gemacht hat, wenn er nicht seine Kraft neben allen anderen Bestrebungen an Agitation und Erziehung des kürzeren, vorläufig also des achtstündigen Werktages setzen will.“ —

Stimmt, wie man sieht, in allem Wesentlichen, mit dem überein, was wir in der vorigen Nummer über dieses Thema gesagt.

— Ein nationalliberaler Ruckstabe, wie er heute heißt, ist der preussische Landtagsabgeordnete Herr Groll, „Dissektionist“ von Schenkenberg, der sich neulich in einer Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins über den gegenwärtigen Stand der Parteien, einem Bericht des „Neuen Östlicher Anzeiger“ gemäß, u. A. also aussprach:

„Wie und durch welche Mittel man die gelobte Treue zu Reich und Reich halten wolle, darauf komme es an. Redner nimmt nun eine Vergleichung des neuen freisinnigen Programmes mit der Heibelberger „nationalliberalen“ vor und berührt dabei hauptsächlich die Sozialreform, die Wirtschaftsreform und die Militärfrage. Von der freisinnigen Partei angestrebte Aufhebung aller Ausnahmengesetze und Stellung der Sozialdemokraten unter ein damit zu machendes gemeinsames Recht scheint das Allerbedenklichste.“

„Was soll aus uns werden, wenn der Richter dann in politischen Sachen nicht mehr in Anspruch der Person urtheilt, sondern nur nach dem „Zatum“? Der Staat müsse das Wehr des Sozialistengesetzes in jeden Preis aufrecht erhalten, um nicht die blühenden Gebilde der jetzigen staatlichen Ordnung von dem See sozialdemokratischer Propaganda ganz überfluten zu lassen; was über das Wehr hinauslaufe, diene nur dazu, die Ueberfluth im See endlich ganz aufzuheben zu lassen; dann wäre der Zeitpunkt erst gekommen, um mit den Sozialdemokraten zu paktieren. Nachdem er die Wirtschaftsreform berührt, kommt Redner auf die Militärfrage und betont, daß die dreijährige Feststellung der Friedenspräsenzstärke, wie sie die freisinnige Partei wolle, dieselbe jedesmal nur von dieser zu Agitationzwecken ausgenutzt werden würde. Eine Verkürzung der Dienstzeit wäre um deswillen nicht anzurathen, weil ohnehin schon zwei Fünftel der Armee bloß zwei Jahre diene, und dies sei ein prächtiges Disziplinarmittel, was nach den Ansichten Redners zu entbehren sei, deshalb wäre die nationalliberale Partei auf Aufrechterhaltung des Septennats.“

Also auf die „gelobte Treue zu Kaiser und Reich“ kommt es an, nun, uns nicht, fernermalen wir diese Treue nie „gelobt“ haben. Der Scherz der Seite. Von Interesse ist für uns bloß der gesperrt gedruckte Passus, in welchem dieser Nationalliberale und Idealchwärmer für „Rechtstaat“ in praxi dem elementarsten Rechtsgrundsatz in's Gesicht schlägt, daß der Richter nicht nach der Person, nur nach der Sache (dem „Zatum“) zu urtheilen habe. Hier wird das umgekehrte und die moralische „Verwilderung“ unserer Gegner wohl einmal an einem drastischen Beispiele konstatirt.

In besondere Entrüstung gerathen wir darob freilich nicht, denn liegt in der Natur der Dinge, daß den Bertheiligern ungeschehener und unvernünftiger Zustände auch aller Rechtsinn und alle Vernunft abhanden kommen müßte!

— Aus dem Reichstag, 2. Mal. Vorigen Montag der Lesung des Hilfskassengesetzes. Die „Arbeiterfreundlichen“ Konservativen suchten die von der Kommission und bei der 2. Beratung vom Plenum ausgetragenen Polizei-Gestaltungen wieder einzusehen, hüllten damit aber kein Glück. Das Gesetz taugt zwar auch jetzt nichts, ist es auch nicht so positiv gemeinschädlich, wie die brave Reichsregierung geplant hatte.

Grillenberger vertrat in der Debatte unsere Fraktion, kennzeichnete scharf und eindringlich das Gebahren der mit ihrer „Sozialreform“ sich brüstenden Reichsregierung, und speziell dieses Hilfskassengesetz, dessen einziger Zweck es gewesen, den Arbeitern Daumenschrauben anzulegen und den Bestand und die Gründung freier Kasien auf Basis des Krankenkassengesetzes zu verhindern.

Am Dienstag beschäftigte der Reichstag sich mit den Privatgewerkschaften oder Anträgen auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter und auf Wiedereinführung der Berufungsinstantz. Für den ersten Antrag, der bekanntermaßen ursprüngung von der sozialdemokratischen Fraktion (Antrag Frohme) gestellt wurde und dann von den Fortschrittlichen anektiert wurde, sprach unser Herr Kaiser, der, weil er dem Richterhand „Dünkel und Hochmuth“ war, zur Ordnung gerufen wurde. Der Herr Präsident fand es unbedenklich, daß kein ersterer Vorwurf erhoben werden war.

Für heute stehen unbedeutende Gegenstände auf der Tagesordnung morgen wird keine Sitzung sein, somit am Dienstag und Mittwoch (Donnerstag) keine Sitzung war. Der Reichstag hat nämlich nichts

... und auch keine Arbeitslust, da das Auflösungsgepenst ihn aus einer Angst in die andere wirft.  
Die Sozialistengesetzkommission hat gestern alle Amendements und schließlich das ganze Gesetz mit 10 gegen 10 Stimmen verworfen, nachdem Herr Windthorst emphatisch erklärt hatte, das Zentrum werde sich durch keine Anträge und Voten in der Kommission nicht binden lassen, und behalte sich ausdrücklich eine veränderte Stellungnahme im Plenum vor. Das kann nur bedeuten, daß der Kompromiß in bester Vorbereitung ist. Die zweite und entscheidende Sitzung wird Ende der nächsten Woche stattfinden, wahrscheinlich Donnerstag. Unsere Genossen werden auf Kosten sein.

— Bravo! Die Auflösung des Reichstags — vorausgesetzt, daß es noch dazu kommt, was nach neueren Nachrichten sehr zu bezweifeln ist — wird unsere Parteigenossen in Sachen, schreibt man uns dort, vollkommen vorbereitet finden. Sonntag den 27. April wählen unsere sächsischen Genossen eine sehr gut besuchte Landesversammlung ab, auf welcher von 23 sächsischen Wahlkreisen 22 vertreten waren, außerdem das Herzogtum Sachsen-Altenburg. Eine ähnliche allgemeine Versammlung ist auf früheren Landesversammlungen nie vorgekommen.  
Das Hauptthema der Verhandlungen bildeten die Reichstagswahlen und wurden nach vierstündiger Beratung folgende Kandidaturen festgesetzt: 1. Wahlkreis Jittau: Pflaum Dresden; 2. Wahlkreis Löbau: Keller-Görlich; 3. Wahlkreis: Baugen-Kamenz: Raben-Dresden; 4. Wahlkreis: Reuditz-Dresden: Raben-Dresden; 5. Wahlkreis: Ritzsch-Dresden: Bebel-Borsdorf; 6. Wahlkreis: Dresden-Land (Pflauser Grund, Wilsdruff etc.): Horn-Löbau; 7. Wahlkreis: Großhann-Nies: Geper-Großhann; 8. Wahlkreis: Birna-Königsstein: Peters-Dresden; 9. Wahlkreis: Freiberg: Kayser-Dresden; 10. Wahlkreis: Döbeln-Waldheim: Kayser-Dresden; 11. Wahlkreis: Turgen-Grinma: Kögel-Turgen; 12. Wahlkreis: Leipzig-Stadt: Bebel; 13. Wahlkreis Leipzig-Land: zwei Kandidaten in enger Wahl dem Wahlkreis zur Entscheidung überlassen; 14. Wahlkreis: Froburg-Bemig: Müller-Meerane; 15. Wahlkreis: Wittwe-Burgstädt: Bollmar; 16. Wahlkreis: Chemnitz: Geiser; 17. Wahlkreis: Glauchau-Meerane: Kuer-Schwerin; 18. Wahlkreis: Zwickau-Grünmühlau: Stolle-Gesau; 19. Wahlkreis: Stollberg-Zugau: Bebel; 20. Wahlkreis: Jschopau-Karlsruhe: Geper-Großhann; 21. Wahlkreis: Schwarzenberg-Annaberg: Demmler-Geper; 22. Wahlkreis: Reichenbach-Auerbach: Müller-Reichenbach; 23. Wahlkreis: Plauen-Aldorf: Mülliger-Gera; Herzogtum Altenburg: K. Heine-Falberstadt.

Nach sechs Uhr Abends trennten sich die Genossen und reisten nach ihrer Heimath mit dem festen Entschluß, Alles anzubieten, um der Partei eine achtunggebende Stimmzahl und möglichst viel Siege zu verschaffen. Natürlich hat die Hochmuthblöthe von der Zusammenkunft und ihrer staatsgefährlichen Thätigkeit nicht das geringste geahnt.

— Reichstagskandidaturen. Köln: August Bebel. Westphalen: W. Hafenclever. Elberfeld-Barmen: Friedrich Harms.

— Raubmord und politische Verbrechen. Ist der Raubmord ein „politisches Verbrechen“? Oder genauer: Kann der Raubmord ein „politisches Verbrechen“ sein? Das ist eine Frage, die mancher unserer Genossen in den letzten Jahren, seit der sehr unpolitische Spitzbube Gang in dem Organ des Hans Wolf die Lehre vom politischen Raub und Raubmord proklamirte, sich vorgelegt und wohl ausnahmslos auch mit Nein beantwortet hat. Der Instinkt des revolutionären Volkes von Paris, das 1848 die unpolitischen Spitzbuben, welche die politische Gelegenheit zu unpolitischen Spitzbübereien benutzten, erbarmungslos niederschlug (so daß den großen unpolitischen Spitzbuben, wie Kotzschlich und Wenzel, der Schreck in die Glieder fuhr) — hat die allein richtige Antwort gefunden.  
Inwiefern, so ganz einfach, wie Viele sich einbilden, ist die Sache doch nicht. Das wurde uns neulich recht klar — im Theater bei der Aufführung eines der berühmtesten, wenn auch nicht künstlerisch vollendeten Stücke der deutschen Bühne. Wir meinen ein Stück, welches, um uns der laudläufigen Ausdrücke der Literaturhistoriker zu bedienen, „den revolutionären Proleten des Dichters gegen eine verrottete Staats- und Gesellschaftsordnung“ bedeutet, und welcher „revolutionäre Proleten“ dadurch zum Ausdruck kam, oder darin bestand, daß der Held des Stückes — Räuber wird. Wir meinen natürlich die „in tyrannus“, den Tyrannen in's Gesicht geschleuderte Jugenddichter des, mit gemeinen Verbrechern sühnend sich sympathisirenden Stuttgarter Karlsruhlers Friedrich Schiller. Jedenfalls lehren uns die „Räuber“ — trotzdem, daß Schiller's populärstes Drama —, daß es ein Gebiet gibt, auf welchem „gemeine“ und politische Verbrechen einander kreuzen, und sehr leicht mit einander verwechselt, ja mitunter gar nicht unterschieden werden können.

Was übrigens von der tugendhaften Entrüstung zu halten ist, welche die „gute Gesellschaft“ ob der Anwendung von Raub, Diebstahl und Betrug zu politischen Zwecken zur Schau trägt, dafür finden wir in der letzten Nummer der hochanständigen Münchener (früher Augsburger) „Allgemeinen“ ein klassisches Beweisstück.

In einem Artikel „Deutschland und Südamerika“ wird das Vismard als in den Himmel erhoben, weil er die Regierung des Generals Iglesias über Peru zurückerkannt habe und damit den Vertrag zwischen Chile, durch den die den peruanischen Gläubigern seiner Zeit offerirten Unterpfänder denelben entzogen werden oder zu illusorischen Garantien herabsinken.“ Mit anderen Worten, Deutschland anerkennt eine Unterjochung verpöndelter Werthstücke.  
Uns, die wir natürlich keine Veranlassung haben, die Anwälte der englischen und französischen Finanzbarone zu spielen, die den Peruanern gegen gutes Unterpfand und wahre Zinsersparnisse Geld vorgeschossen, gegen Kommunisten, die wir seinerzeit auch sehr kurze Abrechnung mit den Staats- u. Gläubigern halten werden, uns kann es natürlich ganz gleich sein, ob diese Herren das Nachsehen haben oder nicht. Aber die gutbürgerliche, die Heiligkeit des Eigenthums über Alles hochhaltende „Allgemeine“, was sagt sie dazu?

„Sammliche spanisprechende Republiken wird dieses Ereigniß sehr zu Gunsten Deutschlands stimmen; denn obwohl die meisten derselben für Chile durchgängig keine freundschaftlichen Gefühle hegen, so doch ihre Abneigung gegen europäische Intervention noch größer, besonders wenn eine Intervention die Eintrübung alter Schranken zum Zwecke hat. Es ist dies zwar kein sehr günstiges Zeugniß für ihre moralischen Anschauungen, in diesem Falle haben wir aber Böller wie Individuen zu beurtheilen und sie zu nehmen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten.“  
Natürlich, denn die Sanktionirung ihrer Kreditverschwindeln durch die deutsche Reichsregierung ist nicht nur die Ursache, daß „Gullermo (Wilhelm) und Bismarck“ an Popularität dort sehr „gewinnen“ werden, sondern diese Popularität wird auch den deutschen Geschäftsleuten in London gezeigerten Kaufmann zu Gute kommen. Und wenn das „Geschäft“ in Frage kommt, dann aber ihr schönen Grundzüge unseres hochzivilisirten Zeitalters! Dann ist die Sanktionirung eines gemeinen Raubzuges „ein neuer Beweis von dem großen Scharfsinn unseres Reichsregierers.“  
Also zu lesen in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, vom dritten Mai Eintausendachtundvierundachtzig!

— Die Arbeitsverhältnisse in Böhmen ist nun endgültig beendet. Auch die Bernstädter Arbeiter haben sich dem Joch wieder fügen, und in die Fabrikschleife zurückkehren müssen. Es ist die alte Geschichte: Der Hunger thut weh, und in der kapitalistischen Ruhestille ist dafür gesorgt, daß der Lohnarbeiter nicht mehr „verdienen“ kann, als zum Leben von der Hand in den Mund nothdürftig ausreicht. Von „Zurücklegen“ und „Sparen“ kann, trotz der Annahmestrichen der Sparapostel, in 999 Fällen unter 1000 nicht die Rede sein; und sobald der „Arbeitsdienst“ aufhört, läßt die Noth an. Ein paar Tage lang gibt der Krämmer Kredit, ein paar Tage lang hilft man sich durch die improvisirten Unterstüßungsstellen gutbürgerlicher Mitproleten, die in Arbeit befindlich sind; ein paar Tage lang hilft der „gute Freund“ in dem Leihhaus — bis das letzte halbwegs anständige Möbel und Kleidungsstück „verkauft“ ist. Und dann fängt der Hunger an. Je nachdem der Magen dran gewöhnt ist, hält der Eine etwas mehr oder weniger lang aus als der Andere. Das etwas mehr oder weniger“ sind aber auch höchstens ein paar Tage. Der Anblick der sorgenden, abgemagerten Frau, der hungernden Kinder, bänbigt die Tapfersten. Da

hört keine „Begeisterung“: Der Hunger ersticht die Begeisterung und beugt den kräftigsten Nacken.

Entmuthigt sind aber die österreichischen Genossen nicht, sie haben aus ihrer Niederlage die Lehre gezogen, daß ohne Organisation im Klassenkampf, wie überhaupt in dem Emanzipationskampfe des Proletariats kein Sieg möglich ist; und diese Lehre ist das Opfer, die der Streik gekostet hat, wohl werth!

Die für die Streikenden eingelassenen Gelder werden denjenigen, für welche sie bestimmt waren, trotz der Beendigung des Streiks zugehen, da es viel Elend zu lindern und viele Bemerkungen zu unterstützen gibt!

— Die industrielle Frauenarbeit nimmt wie überall so namentlich in England, immer mehr überhand. In der Baumwollindustrie waren nach den letzten drei Volkszählungen beschäftigt:

	1861:	1871:	1881:
Männer	202,540	192,881	189,661
Frauen	264,166	286,258	310,364
Arbeiter überhaupt	466,606	479,139	500,025

Die Vermehrung der Arbeitskräfte vollzog sich, wie man sieht, lediglich zu Gunsten der Frauenarbeit, ja noch mehr, die männlichen Arbeitskräfte werden nach und nach ganz ausgelesen. In anderen Industrien ist das Verhältnis vielfach noch ungünstiger.

Man sieht, welche Bedeutung die „Frauenfrage“ für die Arbeiterbewegung hat — eine ganz andere als für die sogenannten Frauenrechtler!

— „Damit kann er nur mir gemeint haben“, sagte einst Brangel, als ein Schaufelzug hinter ihm „Oh!“ rief. Ebenso schlug argumentirte am 22. April vor dem Halle'schen Schöffengericht der dortige Polizeirath von Holz. Angeklagt war nämlich der Tischlermeister Schmidt, neben anderen Sünden (Verbreitung des „Sozialdemokrat“ etc.) das bekannte Gedicht „Der Ochs und das Morgenrot“ verbreitet zu haben. „Mit der Anfangszeile des Gedichtes: ein wohlgenährter Volkshüter, kann nur ich und der Herr Polizeikommissar Groß gemeint sein, rief Herr von Holz mit Empörung aus, worauf der Vertheidiger replirte, daß weder aus Herrn von Holz noch aus Groß das Wort — „wohlgenährt“ passe. Dies mag durchgehungen haben, denn sonst war die Sache in der That freisich. Genosse Schmidt ward zu 50 Mark Geldbuße eventuell 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Als Belohnungsgeld hatte u. A. ein Arbeiter, der Tischler Otto Wolf aus Eisenberg fungirt und behauptet, er sei von Schmidt, der Verfasser ist, entlassen worden, weil er nicht habe Sozialdemokrat werden wollen. Ein recht braver Kerl, dieser jahme Wolf!

— Ehren-Bley in Frankfurt am Main hat sich in einem Beleidigungsprozeß, der sich jüngst dort abspielte und dessen Held er war — natürlich als Ankläger — in Bezug auf unser Blatt den Ausdruck „Revolvoerpresse“ erlaubt. Das ist so ziemlich das Infamste, was man einem Blatt nachsagen kann, denn mit diesem Titel werden diejenigen sauberen Organe bezeichnet, die mittelst Drohungen aller Art Geldgehente u. von Privaten erpressen.

Wer die Verhältnisse von Frankfurt einigermaßen kennt, wird daher begreifen, weshalb dieses Wort aus dem Munde eines Bley uns absolut nicht beleidigen kann.

— Streits. Der Streik der Bauhandwerker in Leipzig dauert fort und ist daher **Zugun unbedingte fernzuhalten.** Auch der Streik der Berliner Tischler ist noch nicht beendet, worauf gleichfalls Rücksicht zu nehmen.

Unterjochung für Erstgenannte sind am Aug. Stamm, Leipzig, Preußergäßchen 5, für Letztere an Gustav Koedel, Berlin S. W. Adalbertstr. 24 IV. zu senden.

— **Achtung!** In Kopenhagen ist ein Streik der Schuhmacher ausgebrochen, es geht daher **unbedingt die Bitte an alle Nachbarn, Zugun unbedingte fernzuhalten.** Alle arbeiterfreundlichen Blätter sind gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

— Oesterreich. Der neuesten Nummer unseres Bruderorgans „Wahrheit“ liegt ein Flugblatt an die Arbeiter Oesterreichs bei, welches in trefflicher Weise die Stellung der österreichischen Sozialisten zu den politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen (in letzterer Beziehung namentlich zur Frage des Normalarbeitstages) erörtert. Das unsere österreichischen Genossen mit aller Energie für einen solchen eintreten, ist selbstverständlich. Ueber die Frage, ob die Sozialdemokratie für Reformen eintreten soll, heißt es:

„Zu Allem, was Menschen unternehmen, ist, wenn es gelingen soll, zweierlei nothwendig, das Wollen und das Können. Es mag Einer einen Stein, der im Wege steht, noch so heftig wegwünschen, derselbe wird sich nicht von der Stelle rühren, so lange die nötige Kraft, ihn zu bewegen, nicht zur Hand ist. Aber auch die Kraft allein genügt nicht, es bedarf noch des Wissens, des Verständnisses, wie die Kraft anzuwenden sei. So ist das auch bei der Arbeiterklasse der Fall. Ohne Macht und Bildung wird es ihr nie gelingen, eine ausschlaggebende Stellung zu erlangen. Das diese Bildung und diese Macht der Arbeiterklasse, als solcher, in Oesterreich heute noch fehlen, darüber kann sich nur der täuschen, den die Macht der Phrase gefangen hält. Nur in den organisirten Arbeitern sind heute diejenigen Vorbedingungen vorhanden, deren es bedarf, wenn sie ihr Ziel erreichen sollen: die Abschaffung des Lohnsystems und dessen Ersetzung durch den planvoll organisirten sozialdemokratischen Wirtschaftsbetrieb. Die weitaus größte Zahl der Arbeiter Oesterreichs ist aber heute noch nicht organisiert, stumpf und indifferent leben sie dahin, wie und da vielleicht zu einer Berweilungsthat sich aufraffend, um dann wieder in ihren früheren Stumpfsein zurückzufallen.“

„Die Sozialdemokratie ist eine Partei, nicht eine Setze, sie appellirt an das Volk, nicht an die Beschönder. Darum verlangen wir Koalitionen und Pressefreiheit, darum verlangen wir den Normalarbeitsstag und das allgemeine Wahlrecht. Wir wissen es sehr wohl und haben es stets erklärt, daß diese Reformen bloß Palliativmittel sind, daß sie die soziale Frage keineswegs lösen. Aber was sie Reformen ermöglichen, das ist die Aufklärung und Organisation der Massen, und ohne diese gibt es keine Lösung der sozialen Frage.“

Dann heißt es an einer anderen Stelle:

„Es gibt eine Schaar wohlmeinender und verständiger Männer, die das anerkennen, aber einwenden, daß wir das allgemeine Wahlrecht u. doch nicht bekommen, außer durch eine Revolution; die so denken, unterschätzen die Macht, welche die Arbeiterklasse heute schon besitzt. Sie ist heute bereits schon ein politischer Faktor, mit dem man rechnen muß, dessen Anzuehnen die Furcht einflößt, dessen Kraft man gerne gegen den Gegner ausweilt. Keine wichtige Erneuerung kann sich heute im Staatsleben vollziehen, ohne Konsequenzen an die Arbeiter.“

„Es sind heute nicht nur die Arbeiter allein, welche die herrschenden Klassen bedrohen, sondern ebenso das Kleinbauern- und Kleinbürgertum. Diese beiden Stände werden immer gewaltsamiger ausgetrieben, je mehr der Ferkelungsprozeß fortschreitet, dem sie gegenwärtig erliegen. Aber während die Arbeiter den Fortschritt repräsentiren, stellen diese beiden Stände den Rückschritt dar, dem Kleinbauern- und Kleinbürgertum handelt es sich um Zerstückelung der heutigen Kapitalien, dem Lohnproletariat um Zentralkonkurrenz derselben, dieses muß vor allem aufbauend, organisirend wirken, wenn es zur Macht kommt, jenes kann nur zerstören, das hat es in Jala-Gerhag deutlich bewiesen. Nicht die Geburtsmedien einer neuen, sondern die Todeszuckungen einer alten Gesellschaft sind es, die sich in den Jubelhegen Ungarns offenbaren.“

Diese Jubelhegen aber, führt das Flugblatt weiter aus, werden statt abzunehmen sich wiederholen und schließlich allen Besitzenden gelten. Die nächste amerikanische Krisis wird den Kleinbauern und Handwerker in Ungarn und Oesterreich vollends erdrücken und damit wahrscheinlich das Signal zu einem allgemeinen Aufstande abgeben. Alsdann wird es sich erst zeigen, von welcher Bedeutung die Organisation der Arbeiterklasse zu einer zielbewußten sozialdemokratischen Partei ist.

Das Flugblatt ist frisch und energisch geschrieben, nicht provokatorisch, aber ermutigend und anfeuernd, ein erfreuliches Zeichen, daß unsere Genossen, weit entfernt, die Hände ins Korn zu werfen, unentwegt das Banner hochhalten. So ist's recht!

Die „Nordbahnfrage“ beschäftigt jetzt in Oesterreich alle Gemüther. Verstaatlichung oder Verlängerung der Privilegien dieser in den Händen der höchsten Finanzaristokratie befindlichen Bahn, das ist das Streitobjekt, um welches das Publikum sich ereifert. Im Großen und Ganzen kann es dem Volke eigentlich gleichgültig sein, ob es von Privatwegen oder von Staatswegen gefahren wird, das darf die Sozialdemokratie aber nicht abhalten, gegen die Privilegierung einer schamlosen Ausbeuterklasse, wie es die „Nordbahngruppe“ ist, energisch Stellung zu ergreifen, namentlich da keine einzige der österreichischen Parteien, von den Christen bis zu den „Demokraten“ es wagt, dieser allmächtigen Gesellschaft, deren Mittelpunkt Rothschild ist, ernsthaft zu Weibe zu gehen.

— Zurath! Ungarn hat den Normalarbeitsstag. Das ungarische Abgeordnetenhaus hat bei Beratung des Gewerbegesetzes die Bestimmung angenommen, daß der Arbeitstag höchstens — 16 Stunden dauern dürfe. Man bedenke „sechzehn Stunden“! Warum nicht gleich, fragt die „Wahrheit“, 24 Stunden?

— In Wien und Pest dauern die Verhaftungen von Anarchisten und Solchen, welche die Polizei dafür hält, fort. Der Schneider Alex. Brezina wurde wegen Verbreitung eines Flugblattes, „An die Anarchisten“ betitelt, zu einem Jahre schweren Kerlers verurtheilt!

Der Prozeß Stellmacher wird, heißt es, deshalb so in die Länge gezogen, weil Stellmacher im Gefängniß in einer Weise mißhandelt worden ist, daß er absolut vernunftunfähig ist. In Oesterreich ist Alles möglich.

— Auf Wunsch berechtigten wir hiermit eine seinerzeit durch die deutsche Presse gelaufene Notiz, daß die aus Wien ausgewiesenen Arbeiter Paul Engelmann (Spengler) und A. Herget keine Anarchisten sind.

— Frankreich. Die Gemeinderathswahlen in Paris sind im Großen und Ganzen so ausgefallen, wie wir in voriger Nummer bereits andeuteten, sie dokumentiren einen erheblichen Fortschritt des Sozialismus in der französischen Hauptstadt. Von 14,000 Stimmen im Jahre 1881 hat sich die Zahl der für ausgeprochene sozialistische Kandidaten votirenden auf nahezu 40,000 vermehrt (der „Cri du peuple“ zählt 38,929). Das ist unter den schwierigen Umständen, mit denen die Klassenbewußten Sozialisten in Paris zu kämpfen haben, ein glänzender Erfolg, zu dem wir ihnen von Herzen Glück wünschen.

Gewählt ist im ersten Wahlgang nur Chabert, und zwar im 19. Arrondissement. Chabert, Graveur, ist einer der hingebendsten Sozialisten von Paris; er gehört zu denen, die zuerst nach dem Fall der Kommune die Fahne des Sozialismus wieder erhoben, zu einer Zeit, wo die Masse der Arbeiter noch so eingeschüchtert war, daß sie von Sozialismus überhaupt nichts hören wollte. Er war auch Mitglied der zur Wiener Weltausstellung entsandten Arbeiterdelegation.

Joffrin hat im ersten Wahlgang nicht ganz die absolute Majorität erhalten. Er steht mit 2,573 Stimmen dem „Radikalen“ Simonneau gegenüber, der 2097 Stimmen erhielt, und wird im zweiten Wahlgang sicher durchdringen.

Im 20. Arrondissement (Belleville) steht Dumay mit 2492 Stimmen dem Radikalen Braleret (3548 Stimmen) gegenüber. Da die Opportunisten den Ausschlag geben, so ist auf einen Sieg leider wenig Hoffnung. Rechnerisch verliert es sich im 18. Arrondissement (Quartier Coulebarde), wo der Sozialist Simon Söns die zweitgrößte Stimmzahl erhalten.

Die bisher Genannten gehören sämtlich dem sozialistischen Arbeiterverband an, der, wie vorausgesehen war, das Gros der sozialistischen Stimmen auf seine Kandidaten vereinigte.

Im Quartier Père Lachaise des 20. Arrondissements hat der Kandidat der letztgenannten Richtung, Rodies, 1568 Stimmen, der sozialistische Revolutionär Bailly (Blanquist) für den auch die Gewählten eintraten, 1571 Stimmen erhalten. Vereinigen sich beide Richtungen bei der Stichwahl, so ist der Sieg eines Sozialisten zweifellos, da der nächste Kandidat, der „radikale“ Opportunist Lepelletier nur 1119 Stimmen erhielt.

Im 15. Arrondissement (Quartier Javel) ist gleichfalls ein Sieg der Sozialisten bei der Stichwahl in Aussicht. Der sozialistische Revolutionär Chauvière (Blanquist) kommt mit dem Radikalen Curé in Stichwahl, wobei ihm zweifelsohne die Stimmen des Kandidaten des sozialistischen Arbeiterverbandes zufallen werden.

Somit dürfte der Sozialismus im nächsten Gemeinderath drei oder vier erklärte Anhänger zählen, statt, wie bisher, nur einen.

Das ist eigentlich noch sehr wenig für eine Stadt wie Paris, sollte man meinen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß unter den Radikalen eine ganze Anzahl gleichfalls auf ein sozialistisches Programm gedrängt sind, darunter Leute, die schon unter dem Kaiserreich auf der Brezche gestanden, oder wie Amouroux (Vertreter von Charonne), Mitglieder der Kommune waren, sich im Großen und Ganzen korrekt gehalten und gewissermaßen die „Tradition“ für sich haben. Sie sind auch keine eigentlichen Bourgeoisrepräsentanten; was sie von und scheidet, ist, daß sie den letzten Schritt noch nicht gethan, nicht jede Verbindung mit den radikalen Bourgeoislementen, mit denen sie so lange zusammengekämpft, abgebrochen haben.

Diese Elemente, die „intransigenten“ (Unverfälschten), sind in dem radikalen Paris noch ziemlich stark; sie haben, wie gesagt, die Tradition für sich, und ihre Existenz muß man in Betracht ziehen, wenn man die Erfolge der Arbeiterpartei schätzen will.

Aus der Provinz liegen bis zur Stunde die Nachrichten nur spärlich vor. Im Allgemeinen scheinen die Sozialisten unterlegen zu sein, aber mehr Stimmen als bisher auf sich vereinigt zu haben.

— Rußland. Gut gibt Rath! Kaum hat „Bäterchen“ das preussische Geld, das seinen Bankrott für einige Monate aufhalten soll, im Säckel, so sieht es sich wieder obenau und trampelt so zu froher auf seinen geliebten „Reußen“ herum. Verhaftungen über Verhaftungen werden vorgenommen und namentlich müssen die nichtlebigen Journalisten daran glauben — mißliebiger ist natürlich jeder, der nicht unbedingt in Tolstol's Dorn läßt. Eines der unerschämtesten Stückchen, ein Hauserschlag (sozusagen im Gesicht der russischen Gesellschaft, ist das Verbot der „Sateländischen Memoiren“, der zweitbedeutendsten russischen Revue, deren Hauptmitarbeiter der berühmte Sachgedrin (Saltykow) war. Diese Revue war dem russischen Despoten und seinen Handlangern natürlich längst ein Dorn im Auge, denn die Satiren Sachgedrin's verletzten nie ihr Ziel, aber dennoch nahmen sie bisher Abstand, ein so angelegenes Blatt zu unterdrücken. Das sie es jetzt doch thun, zeigt, wie gespannt die Verhältnisse in Rußland sind, und daß ein russischer Korrespondent des „Cri du Peuple“ nicht Unrecht hat, wenn er für die nächste Zukunft eine Wiederaufnahme der Aktion von Seiten der Revolutionäre in Aussicht nimmt.

Wie möglich es in Rußland steht, beweisen auch die vielen Verhaftungen im Militär, namentlich in der Artillerie. Bekanntlich sind die Kanonen der „letzte Grund der Könige“, wo dieser Grund aber nicht einmal Stech hält, da steht die Sache sicher schlimm.

— Amerika. Unser Leitartikel in Nr. 13 „Soziale Reformen“ scheint den „Chicagoer Vorbote“ nicht wenig verärgert zu haben, denn als Antwort erhalten wir von ihm verschiedene Liebendwürdigkeiten an den Kopf geworfen, zu deren geringsten der „wohlgemeinte Rath“ gehört, in Bezug auf Alles, was drüben passiert, und jeden Urtheils hübsch zu enthalten.

Wir bedauern, von diesem Rath keinen Gebrauch machen zu können; wir werden vielmehr nach wie vor auch über die auswärtige sozialistische Bewegung mit unserer Meinung nicht hinter dem Berge halten. Deshalb hat noch Niemand das Recht, von „Rom in Zürich“, von „Recherches“ u. s. w. zu reden. Zwischen Roms Taktik: Jede abweichende Meinung, möglichst zu unterdrücken, sie wo das nicht möglich ist, zu verfeinern, sowie überall als verfolgt, verannt zu aufzuspielen, wo seine Unfehlbarkeit nicht unbedingt herrscht, und dem konsequenten Eintreten für seine Ueberzeugung besteht ein sehr großer Unterschied. Es thut uns leid, die Beobachtung machen zu müssen, daß dem „Vorbote“ das Verständnis hierfür, sowie für den Werth einer aufrichtigen Polemik allmählich ganz abhanden gekommen zu sein scheint.

